

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Mission Mikojans

Die sowjetische Außenpolitik in der Ära Chruschtschew zeichnet sich aus durch ein rasches Aufeinanderfolgen von Spannung und Lockerung und durch unablässigen Wechsel der Angriffsrichtung, der den Gegner nie zur Ruhe kommen läßt und ihn stets vor neue Probleme stellt. Man hat dieses Vorgehen schon mit einer Therapie der Heiß- und Kaltwasserbäder verglichen, die die Resistenz eines Leidens mit dem Mittel des Kontrasts zu brechen versucht. Bald ist es eine Drohung, bald eine Forderung, bald ein Angebot, dem sich der Westen gegenüberübersieht, und kaum hat er seine Haltung — mit den unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer nach allen Seiten überbordenden Diskussion — festgelegt, präsentiert sich ihm eine völlig neue Situation. Schon oft ist bemerkt worden, daß sich in der russischen Außenpolitik, wie in jeder kommunistischen Politik, ein dialektisches Prinzip manifestiert, das es Moskau ermöglicht, mit dem Anspruch, ernstgenommen zu werden, gleichzeitig friedliebend und schärfstens aggressiv zu sein, Drohungen und Koexistenzversprechen ohne Anstoß aufeinander folgen zu lassen. Chruschtschew hat diese Dialektik vor einiger Zeit in einem Interview mit dem amerikanischen Publizisten Walter Lippmann aufscheinen lassen, als er dem Gesprächspartner seine Idee vom Wesen des Status quo auseinandersetzte. Nach Chruschtschews dynamischer Auffassung ist die Ausbreitung des Kommunismus eine historische Notwendigkeit, und daher ist ihm alles, was dazu beiträgt, keine Verletzung des Status quo. Durchbrochen wird dieser nach der Ansicht des Sowjetdiktators erst, wenn sich der Betroffene zur Wehr setzt. Es bedarf keiner

weiteren Erläuterung, was man im Lichte dieser Offenherzigkeit von der Friedensliebe und der Koexistenzbereitschaft der Sowjetunion zu halten hat, wenn man sich nur nicht vom äußeren Anschein trügen läßt. Ebenso sicher wie der Winter auf den Sommer, folgt auf jede freundliche Geste Moskaus eine neue Phase des Drucks und der Drohungen — und umgekehrt.

Chruschtschew hat die Aufgabe, die Schockwirkung seines Angriffs auf die Position Westberlins zu mildern, dem letzten übriggebliebenen der nach Stalins Tod etablierten «kollektiven Führung» übertragen. Der wendige Armenier Mikojan, der bisher alle Säuberungen überstand, wurde dazu ausersehen, in Washington beruhigende Erklärungen über die sowjetischen Pläne für Berlin abzugeben und gleichzeitig die Standfestigkeit der amerikanischen öffentlichen Meinung zu erkunden. Damit verband sich vermutlich die Spekulation, bei den europäischen Alliierten Amerikas Besorgnisse über eine zweiseitige amerikanisch-sowjetische Verständigung hervorzurufen und Mißtrauensreaktionen zu provozieren. Die Regierung in Washington sah diese Gefahr voraus und behandelte den ungebetenen Gast — er kam angeblich zu einem Besuch bei Sowjetbotschafter Menschikow — mit gebührender Vorsicht; sie betonte, es würden keinesfalls «Verhandlungen», sondern nur Gespräche» geführt und hielt die NATO-Partner ständig auf dem laufenden.

Das Ergebnis der Reise Mikojans bestand einzig in einem gewissen Popularitätserfolg, vor allem in politisch ahnungslosen Handelskreisen, die sich vom Osthandel Gewinne erhoffen, doch ist nicht zu befürch-

ten, daß daraus der Regierung Schwierigkeiten erwachsen könnten. Bei der demokratischen Kongreßmehrheit besteht ebensowenig wie in der republikanischen Administration Neigung zu einem Entgegenkommen gegenüber Chruschtschew, besonders nachdem sein Abgesandter sich am Schluß des Besuchs im Ärger über die Ablehnung seiner Handels- und Kreditbegehren zu Ausfällen gegen seine Gastgeber verstieg, die in Washington Unmut erregen mußten.

Chruschtschew und der «Aufbau des Kommunismus»

Die Amerikareise des sowjetischen Vizeministerpräsidenten gehört unter anderem auch in den Zusammenhang der Vorbereitungen zum 21. Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, von dem Chruschtschew seine unumschränkte Herrschaft bestätigen und seinen Siebenjahrplan sanktionieren lassen will. Der Kongreß soll den endgültigen Abschluß der am 20. Parteitag im Februar 1956 mit der Geheimrede Chruschtschews eröffneten Entstalinisierungskampagne markieren. Als Signet schwebt über der Veranstaltung die auf den Namen «21. Parteitag» getaufte sowjetische Weltraumrakete, die nun als künstlicher Planet um die Sonne kreist. Dieser unbestreitbare Erfolg hat bei den Amerikanern großes Unbehagen hervorgerufen und ihren Stolz über den «Atlas»-Satelliten, der die Stimme Eisenhowers aus dem Weltraum herabstrahlte, stark gedämpft. Chruschtschew seinerseits nimmt den Raketen-triumph als Beweis für die Allmacht der Sowjetunion: niemand in seinem Machtbereich darf nunmehr an der Erfüllbarkeit seiner gigantischen Wirtschaftspläne zweifeln. Sollte es einer aber dennoch wagen, so droht ihm das Schicksal der Parteifeinde, über deren Haupt seit den Selbstanklagen Bulganins das Damoklesschwert der Liquidation schwebt.

Chruschtschew hat dem kommenden Par-

teikongreß den Namen «Parteitag der Erbauer des Kommunismus» verliehen und damit angedeutet, daß die Sowjetunion in seiner Regierungszeit von der Phase des Sozialismus in jene des Kommunismus eintreten soll. Zuvor aber will er jenes die Produktion der USA übertreffende Industrialisierungsniveau erreichen, das es möglich machen würde, im Sinne einer Forderung Lenins, «jedem nach seinen Bedürfnissen» zu geben — worin er das Wesen des Kommunismus erblickt — und nicht mehr «jedem nach seinen Leistungen» — was als sozialistische Vorstufe aufgefaßt wird. Über die Voraussetzungen des Übergangs zum Kommunismus scheinen zwischen Chruschtschew und den chinesischen Parteiführern Meinungsverschiedenheiten zu herrschen. Das im vergangenen Herbst mit großem Propagandaaufwand angekündigte chinesische Programm für die Errichtung von «Volkskommunen», das die Kollektivierung der chinesischen Bevölkerung auf allen Lebensgebieten anstrebt, wurde in Peking als abgekürzter Weg zum Kommunismus bezeichnet und als solcher in den Satellitenstaaten aufmerksam verfolgt. Damit scheinen aber seine Urheber den Widerspruch Chruschtschews herausgefordert zu haben. Es ist nicht nachzuweisen, aber mehr als wahrscheinlich, daß der Führer der sowjetischen Mutterpartei sein Veto eingelegt und die einschneidende Revision des erst wenige Monate alten Programms veranlaßt hat, die im Dezember vom chinesischen Zentralkomitee beschlossen wurde. Unter dem gleichen Aspekt ist, wenn auch genaue Hinweise fehlen, der Rücktritt Mao Tse-tungs von der Präsidentschaft der Volksrepublik China zu sehen. Der sowjetische Diktator, der sich als das Haupt des Weltkommunismus fühlt, konnte nicht zulassen, daß seine Entwicklungstheorien durch ein separates Vorgehen der Chinesen Zweifeln ausgesetzt wurde, und an Druckmitteln fehlte es ihm nicht, da China auf die sowjetischen Investitionslieferungen für den Aufbau seiner Industrie angewiesen ist. In gedrosseltem Rhythmus und mit reduzierter

ideologischer Zielsetzung geht der Aufbau des kommunistischen China, über das an anderer Stelle von einem Augenzeugen berichtet wird, weiter, unter rücksichtslosem Einsatz der chinesischen Menschenmassen, des unerschöpflichsten Rohstoffes, über den das Land verfügt.

Kommunisten und arabische Nationalisten

Im Mittleren Osten sind die Machtpläne Chruschtschews in ein entscheidendes Stadium getreten. Zwischen den arabisch-nationalistischen Anhängern Nassers und den arabischen Kommunisten ist ein offener Konflikt ausgebrochen, der sich an der irakischen Revolution vom 14. Juli 1958 entzündete. Nach dem gemeinsamen Sieg über das Ancien régime in Bagdad glaubten die panarabischen Nationalisten den Irak der Herrschaft Nassers zuführen zu können, um einen weiteren Schritt in der Richtung auf das erträumte arabische Großreich von Marokko bis zum Persischen Golf zurückzulegen. Der militärische Führer der Revolution, General Kassem, widersetzte sich ihnen mit Hilfe der Kommunisten, die es auf eine arabische Föderation unter dem Protektorat Moskaus abgesehen haben. Indem Kassem die Anhänger Nassers kaltstellte, stärkte er die Kommunisten, und heute besteht im Irak, nach übereinstimmender Ansicht aller Beobachter, die akute Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung, durch die der Kreml einen Brückenkopf im Mittleren Osten gewinnen würde. Bereits bearbeiten sowjetische Agitatoren die Kurdenstämme in der Türkei und in Persien, denn eine unabhängige Kurdenrepublik unter sowjetischem Patronat würde die heute noch fehlende Landverbindung zwischen der Südgrenze der Sowjetunion und dem Irak schaffen. Präsident Nasser hat auf diese Vorgänge, die seinen Plänen zuwiderlaufen, bisher mit der Verhaftung einiger Dutzend ägyptischer und syrischer Kommunisten reagiert, ohne aber in seinem Verhalten gegenüber Moskau die entsprechen-

den Konsequenzen zu ziehen. Er ließ sich zwar zur Regelung der hängigen britisch-ägyptischen Streitigkeiten über die gegenseitigen Entschädigungsansprüche aus dem Suezfeldzug herbei und schuf damit die Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Beziehungen, schloß aber kurz vorher mit Moskau ein neues Kreditabkommen für den Bau des Assuan-Hochdamms, in dem er sich zur Abnahme sowjetischer Lieferungen und zur Anstellung einer großen Zahl russischer Techniker verpflichtete. Nasser scheint, trotz der schlechten Erfahrungen im Irak, auf die Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht verzichten zu können, vielleicht deshalb, weil es bisher in den arabischen Ländern nur den Kommunisten gelungen ist, schlagkräftige Organisationen zu schaffen, mit deren Hilfe sich Staatsstrieche durchführen lassen. Nasser vermag offenbar die Hand, die er Moskau reichte, nicht mehr aus dessen Griff zu lösen. Es wäre deshalb falsch, auf Grund der Rede von Port Said und einiger Verhaftungen den ägyptischen Staatschef unter die antikommunistischen Potenzen rechnen zu wollen. Der Westen hat aus einer Unterstützung Kairos wenig zu gewinnen.

Unruhe in Afrika

Präsident Abdel Nasser hat angesichts der für ihn unerfreulichen Entwicklung in Bagdad allen Grund, sein Augenmerk auf die Vorgänge in Afrika zu werfen, dessen nationalistische Energien sich allenthalben zu regen beginnen und ihm ein neues Agitationsfeld eröffnen. In Belgisch-Kongo, das bis vor kurzem als eine der sichersten unter den europäischen Besitzungen in Afrika galt, kam es zu blutigen Ausschreitungen, bei denen 71 Menschen getötet wurden. Bedenklich und als Zeichen einer unterirdischen Planung erscheint dabei, daß die Unruhen wenige Tage vor einer angekündigten Regierungserklärung über die künftige Kolonialpolitik ausbrachen. Die Worte König Baudouin, der dem Kongo die Unabhängig-

keit in absehbarer Zeit in Aussicht stellte, können nun von einer böswilligen Agitation als Rückzug vor dem schwarzen «Volkswillen» und als Erfolg der Gewaltakte von Léopoldville präsentiert werden.

Das Streben nach Unabhängigkeit, das sich unter den afrikanischen Völkern regt, genügt den schwarzen Politikern aber nicht als Ziel; heute übt die Idee der «afrikanischen Einheit» eine immer größere Anziehungskraft aus. Ihr Wortführer ist der Premierminister der ehemals britischen Goldküste, Kwame Nkrumah, der eine starke Organisationstätigkeit entfaltet, in seiner Hauptstadt Accra die Völker Afrikas zum Kongreß zusammenrief und mit dem ehemals französischen Guinea eine staatsrechtlich wenig definierte, aber von um so größeren Hoffnungen begleitete Union als «ersten Schritt zu den Vereinigten Staaten von Afrika» abschloß. Stark inspiriert wurde die nationale

Bewegung in Afrika durch das Vorgehen de Gaulles, der den Bevölkerungen Französisch-Afrikas den Austritt aus dem Verband der Französischen Union freistellte. Wenn auch nur Guinea sich in der Volksabstimmung für die Loslösung aussprach, so hat doch das Plebiszit vom 28. September die politische Phantasie der afrikanischen Führer mächtig angeregt. Bereits sieht sich Präsident de Gaulle im ehemaligen Französisch-Westafrika einer Staatenföderation gegenüber, die in den von ihm geplanten Rahmen der französischen Communauté, die an die Seite des britischen Commonwealth treten sollte, nicht mehr hineinpaßt. Die Unabhängigkeitsbewegung in Afrika zieht immer weitere und raschere Kreise. Überall stehen die Emissäre aus Kairo und Moskau bereit, um die Entwicklung in ihre Bahnen zu lenken.

Nemo

Enttäuschung in Pankow, Sorgen in Bonn

Niemand weiß, wo die Reise hingeht, wenn der Status quo verlassen wird

Östlich wie westlich der Elbe ist man zur Zeit in Deutschland gleichermaßen besorgt ob der ungewissen Zukunft. Noch vor kurzem war das anders.

Als die Moskauer Note vom 27. November mit einem sechsmonatigen Ultimatum die Übergabe der sowjetischen Kontrollbefugnisse an die Machthaber der Zone ankündigte und den Rückzug der alliierten Truppen forderte, war dies zunächst für die Westberliner und die Bundesrepublik ein harter Schlag: Westberlin, eine isolierte Stadt, ohne die alliierten Truppen, mußte — ob Freistaat oder nicht — über kurz oder lang dem Druck der sie umgebenden Zone zum Opfer fallen.

So dunkel die Zukunft den Westberlinern damals erschien, so hell frohlockten die Funktionäre der Zone. Endlich war es ihnen gelungen, den großen Bruder in Moskau von

ihrer prekären Situation zu überzeugen und ihn zum Eingreifen zu bestimmen. Jahrelang war dies den Machthabern der Zone nicht gelungen: 2,9 Millionen Bürger der sogenannten DDR waren seit dem 1. Januar 1950 in die Bundesrepublik geflüchtet (allein im Jahre 1958 waren es rund 3000 Lehrer und 2000 Ärzte), ehe die Sowjets sich entschlossen, etwas Entscheidendes für ihren Satelliten *Ulbricht* zu tun.

Aber das Frohlocken über diesen Entschluß hat in Pankow nicht lange vorgehalten. Seit Mikojan — über dessen Reise die Ostberliner Regierung nicht informiert war — in den USA mit Dulles und Eisenhower verhandelte, steht drohend die bange Frage vor ihnen, ob Moskau die Berlin-Note und auch den Vorschlag eines Friedensvertrages wirklich um der DDR willen verfaßt habe oder vielleicht nur, um dem Westen die Not-

wendigkeit einer Viermächtekonferenz vor Augen zu führen? Einer Viermächtekonferenz, so könnte man hinzufügen, deren Hauptzweck (oder jedenfalls einer der Hauptzwecke es wäre), die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik zu verhindern, ehe es hierzu zu spät ist.

Damals im November und Dezember 1958 hatten die Sowjets sich die Ulbrichtsche Klage über das «Krebsgeschwür Berlin» zu eigen gemacht und sie mit Überzeugung und Verve in die Welt hinaus posaunt. Seither aber, seit der NATO-Tagung in Paris, und vor allem seit Mikojans USA-Reise, sind diese Gesichtspunkte ganz in den Hintergrund getreten und die Sowjets im Gegenteil bemüht, den Westen zu ermuntern, doch seinerseits Gegenvorschläge zu machen. Soweit Pankow.

Was Bonn betrifft, so ist auch am Rhein nach der anfänglichen Befriedigung über die einstimmige, eindeutige, ohne jegliches Zögern erfolgte Zurückweisung des Ultimatums vom 27. November durch die 15 Außenminister der NATO in Paris eine gewisse Besorgnis erwacht. Anlaß dafür war die Antwort von *John Foster Dulles* auf seiner allwöchentlichen Pressekonferenz, freie Wahlen seien vielleicht nicht der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die deutsche Presse machte von dieser Bemerkung soviel Aufhebens — «Änderung der amerikanischen Außenpolitik» (mit und ohne Fragezeichen), so lauteten tagelang viele Überschriften —, daß die Regierung sich schließlich genötigt sah, den Ministerialdirektor amtierenden Dr. Dittmann nach Washington zu schicken, um festzustellen, was los sei.

Die Erregung war eigentlich überflüssig, denn jener Ausspruch des USA-Außenministers sollte in diesem Moment wohl nur den Rahmen der Gespräche mit Mikojan flexibler gestalten, stellte aber in sich keine Neuerung dar. Schon in der Note, die die Westmächte am 30. September an Moskau gerichtet hatten, hieß es, sie seien bereit, die deutsche Wiedervereinigung zu diskutieren, «auf der

Basis freier Wahlen oder irgendeines anderen Vorschlages, der die Wiedervereinigung in Freiheit garantiere».

Übrigens hatte schon zuvor sowohl *Bundeskanzler Adenauer* als auch sein Verteidigungsminister *Franz Josef Strauß* gelegentlich angedeutet, daß wichtiger als die Wiedervereinigung es vielleicht doch sei, zu versuchen, den 17 Millionen Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone eine freiere, menschenwürdige Existenz zu verschaffen. Eine Vorstellung, die übrigens außerhalb der offiziellen Kreise der Bundesrepublik zu der Idee geführt hat (so beispielsweise Professor *Theodor Eschenburg* in einem Vortrag in der Hamburger Universität), man möge doch einmal erwägen, ob es nicht sinnvoll sei, auf die Wiedervereinigung ausdrücklich zu verzichten, wenn Moskau dafür bereit wäre, der Zone eine Art Österreich-Status zu geben.

Bei allen Überlegungen, die heute in Deutschland angestellt werden, geht es immer um die Frage, was wollen die Russen a) erreichen, b) unter allen Umständen verhindern? Nur wenn man die Antwort auf diese Frage kennt, könnte man sich eine Vorstellung von den Möglichkeiten machen, die sich für zukünftige Verhandlungen ergeben.

Die Maximal-Lösung dessen, was sie erreichen wollen — woran sie aber selbst nicht glauben —, stellt der Friedensvertrag dar, dessen Entwurf Moskau am 10. Januar 1959 an 28 Staaten verschickt hat. Maximal weil er

1. die Teilung Deutschlands verewigen,
2. die Neutralisierung Deutschlands garantieren,
3. die Abtretung der Ostgebiete bestätigen,
4. Berlin als freie Stadt deklarieren und schließlich
5. ein Disengagement einleiten würde.

Daß dieser Vorschlag von den Westalliierten und der Bundesrepublik in Bausch und Bogen abgelehnt wird, darüber besteht kein Zweifel.

Wenn diese Forderungen den Wunschka-
talog der Sowjets darstellen, sie aber selber
nicht daran glauben, alle fünf Punkte durch-
setzen zu können, so erhebt sich die Frage,
mit welcher Minimalforderung wären sie
allenfalls zufrieden oder in welcher Reihen-
folge lassen sich wie viele Abstriche vorneh-
men. Ist für sie die Neutralisierung, also der
Austritt der Bundesrepublik aus der NATO,
und die Verhinderung einer atomaren Be-
waffnung Deutschlands, wie man aus man-
chem entnehmen könnte, das wichtigste
Ziel, während die anderen Punkte verglichen
damit in den Hintergrund treten? Oder ist
die Verhinderung der Wiedervereinigung
genau so wichtig oder gar wichtiger als die
Neutralisierung, weil 70 Millionen wieder-
vereinigte Deutsche an der Peripherie des
sowjetischen Imperiums dem Kremel ein-
fach unerträglich erscheinen.

Von entscheidender Wichtigkeit aber ist
nicht nur die Überlegung, was wollen die
Sowjets *erreichen*, sondern was müssen sie
gleichzeitig zu *verhindern* trachten: wäre bei-
spielsweise der Vorteil eines neutralisierten,
nicht wiedervereinigten Deutschland (oder
besser einer neutralisierten Bundesrepublik
und einer österreichisierten DDR) für sie
geringer als der Nachteil, durch Preisgabe
des kommunistischen Systems eine Ketten-
reaktion unter den Satelliten hervorzurufen?
Oder mit anderen Worten, steht eine Libe-
ralisierung in der DDR einfach deshalb außer

Frage, weil das sowjetische Imperium einen
solchen Vorgang gar nicht erträgt?

Dieser Skala von Fragezeichen steht dann
schließlich ein entsprechender Katalog der
Westmächte gegenüber. Was sie — minde-
stens was die USA — *erreichen* wollen, ist
klar: die Beseitigung der Teilung Deutsch-
lands durch freie Wahlen; die Aufrecht-
erhaltung des Berliner Status und die Aus-
dehnung des Raumes der Freiheit (um den
Ausdruck Liberation zu vermeiden) nach
Osten.

Und was wollen die Westalliierten unter
allen Umständen *vermeiden*? Daß ihre Sicher-
heit beeinträchtigt wird. Wobei ihnen selbst
nicht klar ist, ob ihre Sicherheit durch die
Beseitigung der gefährlichen Teilung
Deutschlands größer oder kleiner wird,
wenn dies nur durch den Rückzug der NA-
TO aus der Bundesrepublik ermöglicht
würde.

Noch ist eine Ost-West-Konferenz nicht
vereinbart worden, aber vieles spricht dafür,
daß sie vor Ende Mai beginnen oder min-
destens ihr Beginn beschlossen wird — denn
das Ultimatum, das am 27. Mai abläuft,
drückt nicht nur auf den, dem es gestellt
wurde, sondern auch auf seinen Autor. Bis
dahin wird man sich über viele dieser Fragen
klar sein müssen und auch darüber, daß es
ein langes und hartes Verhandeln geben wird.

Marion Gräfin Dönhoff

Brief aus Paris

Die V. Republik

General de Gaulle als Präsident der Republik
entspricht der Hoffnung einer großen Zahl
von Franzosen. Zwölf Jahre brauchte es bis
zum Zusammensturz eines Regimes, das zu
erschaffen er zu einem Gutteil mitgeholfen
hatte, und das die Verblendung der Parteien,
Demagogie und üble parlamentarische Sitten
von Anfang an mit Ohnmacht geschlagen

hatten. Seit fünfundzwanzig Jahren wartet
Charles de Gaulle auf seine Stunde. Prophet
seiner selbst, rief er seit 1932 nach dem weit-
sichtigen, charaktvollen Staatschef, der,
nach seinen eigenen Worten, «vom Ufer,
wo ihn der Alltag festhält, an den Wellen-
schlag der Geschichte denkt» und... den
Augenblick abschätzt, die Flut zu nutzen.
Jeder stimmt heute darin überein, daß ihm
dies voll und ganz gelungen ist und daß sei-

ne lange Geduld ihn in den Hafen geführt hat. Seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik, entsprechend einer Verfassung, die von ihm für ihn gemacht wurde, wurde mit gewaltigem Mehr von den Wahlmännern aus Frankreich und Übersee zugestimmt, einem indirekten Wahlgang zufolge, der seine Autorität noch verstärkt. Sein Stimmenanteil war dabei fast ebenso hoch wie derjenige des Referendums vom 28. September, das in Wirklichkeit bereits plebiszitäre Bedeutung hatte. Das sind die Voraussetzungen eines richtiggehenden Präsidentenregimes, obwohl der General, das wollen wir unterstreichen, vor allem als hervorragende Persönlichkeit in Erscheinung tritt, als höchster, von der Nation eingesetzter Schiedsrichter.

Mag auch eine gewisse Bitterkeit unter den Abgeordneten der 4. Republik herrschen, die vom grausamen Verdikt der letzten Wahl desavouiert worden sind, so bringen doch die Männer guten Willens, zahlreich vertreten in der neuen Kammer, General de Gaulle volles Vertrauen entgegen. Die UNR (Union pour la Nouvelle République) verfügt als Mehrheitspartei über nicht weniger als 202 Abgeordnete. Diese zahlenmäßige Überlegenheit, die solideste Grundlage der Regierung, hat indessen den General nicht gehindert nach der Wahl seinem Gefühl mit den folgenden Worten Ausdruck zu geben: «Mein Wunsch ging in Erfüllung, doch befriedigt bin ich nicht.» Er ist in der Tat ein zu erfahrener Politiker, um die Wünschbarkeit einer Opposition nicht einzusehen; vielleicht ermißt er schon die Gefahr einer Partei, die im Parlament für sich allein fast die absolute Mehrheit besitzt. Man kann sich denn auch fragen, ob das Land, in seinen Privatinteressen betroffen durch die Ausführung mannigfacher, freilich notwendiger Erlasse, ohne zu murren diese strengen Reformen auf sich nehmen wird, deretwegen es nicht befragt wurde. Es handelt sich um Maßnahmen, in denen Politik, Technik und soziales Leben eng vermengt sind. Da ist kein Erfolg möglich ohne genaue und über-

zeugende Begründungen. René Pleven, früherer Ministerpräsident, ist über das dichte Schweigen beunruhigt, mit dem sich die neue Regierung umgibt: «Handeln, so schreibt er, heißt auch erklären. Wir wünschen ein bißchen Licht!»

Charles de Gaulle hat in seinem Spiel einige Trümpfe. Zuvorderst den seiner eigenen Persönlichkeit, die, ob man will oder nicht, seit zehn Jahren das politische Leben Frankreichs beherrscht. Seine Macht steht außerhalb jeder Anzweiflung oder Beneidung. Die Wahl, die ihn auf den höchsten Posten des Staates getragen hat, gibt seinem unbestreitbaren Ansehen neuen Zuwachs. Sie verleiht ihm an der Spitze des Staates eine Rolle und Vorrechte, wie sie keiner seiner Vorgänger je besessen hat. Er weiß, daß eine Art monarchischer Neigung die Franzosen eine autoritäre Macht, selbst wenn sie ihnen hart aufliegt, der Abwesenheit des Staates, unter der sie lange gelitten haben, vorziehen läßt. Schließlich, und das ist von nicht geringer Wichtigkeit, kann Präsident de Gaulle als Herr der Exekutive über die Politik im Lande, die er selbst eingeleitet hat, mit unumstößlichen Entscheidungen wachen. Welches auch die Absichten der nächsten Regierung sein werden, im Augenblick wird sie sich hüten, die Richtung der französischen Politik zu verändern, die vom Willen des Staatsoberhauptes bestimmt bleibt. Premierminister Debré wird einer vorgezeichneten Bahn zu folgen haben (was nichts Abschätziges heißen will), betreffe es nun die grundlegenden Reformen oder finanzielle und wirtschaftliche Entscheidungen, die die Umstände erzwingen.

Dennoch regt sich in einem Teil der Öffentlichkeit eine Befürchtung, die Erwähnung verdient: diejenige nämlich, daß die neuen Männer, Wortführer eines autoritären Regimes und von denen einige mehr oder weniger bewußt zu faschistischen Methoden neigen, ihre Stellung, entgegen dem Willen des Generals selbst, bis zur Nähe der Macht ausdehnen. Gleichmaßen, doch mit umgekehrtem Vorzeichen, fragt man sich,

ob die sozialistische Partei, die die Führung der Opposition einnehmen will, die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Reformpläne der Regierung nicht in Frage stellen kann. Obwohl diese Opposition von Guy Mollet als «konstruktiv» definiert wurde, haben die Parteiführer mit äußerster Heftigkeit den Finanzplan angegriffen, dem sie vorwerfen, sich von einem verflossenen Liberalismus herzuleiten und gleichzeitig die reaktionären Ideen der Rechten aufzwingen zu wollen. Man würde sich sehr täuschen, glaubte man angesichts der antiparlamentarischen Welle, die bei den letzten Abstimmungen über das Land hinweggegangen ist, ganz Frankreich sei bereit, den republikanischen Traditionen abzuschwören.

Trotz ihrer Irrtümer kann man der IV. Republik das Verdienst zuerkennen, tiefgehende Strukturwandlungen in den überseeischen Gebieten durch die Anwendung des Rahmengesetzes eingeleitet zu haben. So sind die Länder des äquatorialen Afrikas, die in veralteten Einrichtungen mehr oder weniger verknöchert geblieben waren, in die Bahn der Verjüngung und Modernisierung eingetreten. Wo immer Algerien sich in dieser afrikanischen Einheit einordnen wird, der letzte Wahlgang hat gerade durch seine Ausdehnung und die Wahl der Abgeordneten gezeigt, daß das algerische Volk des Bürgerkriegs, des Terrorismus und der Ausschreitungen des FLN müde ist, deren Opfer, weit weniger als die ansässigen Franzosen, es selbst ist. Es erwartet heute vom neuen Staatschef als Antrittsgeschenk eine der kühnen und großmütigen Gesten, die das Kennzeichen der Kraft sind. Es wäre für die Zukunft Frankreichs — und zweifellos auch ganz Westeuropas — unendlich zu bedauern, wenn die V. Republik dort keinen Erfolg hätte, wo ihre Vorgängerin gescheitert ist.

De Gaulle, Oberhaupt und Schiedsrichter

Bevor noch die Einrichtungen der franco-afrikanischen Gemeinschaft festgelegt sind,

sind die an ihr teilnehmenden Staaten schon im Begriff, ihre eigenen Einrichtungen auszuarbeiten. So hat Madagaskar sich als Republik erklärt, und die madegassische Regierung arbeitet Hand in Hand mit den Vertretern der Eingeborenen und der Franzosen der Großen Insel die neue Verfassung aus. Sie hat sogleich die Absicht zu erkennen gegeben, in die Gemeinschaft einzutreten. Für die Gebiete des «schwarzen Afrikas» stellt sich eine grundlegende Frage: kann Frankreich unbegrenzt seinen Zuschuß zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser überseeischen Gebiete vergrößern? Es entgeht in der Tat niemandem, daß die Gemeinschaft dem Mutterland sehr schwere Lasten auferlegt, so daß das letztere, ohne Schaden für seine eigenen Finanzen, diese Hilfe nicht aufrechterhalten kann. Die unerläßlichen Investitionen in Afrika setzen somit fortan ausländische Beteiligungen voraus. Das Abkommen des gemeinsamen Marktes hat übrigens in dieser Hinsicht genaue Bestimmungen aufgenommen, die nicht toter Buchstabe geblieben sind, denn mehrere Partner der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben im vergangenen Jahr in Afrika dreizehn Milliarden Francs investiert, von denen neun aus Deutschland stammen. Dieser Beitrag wird in den nächsten Jahren noch zunehmen, um so eher, als zwischen französischen und ausländischen Firmen im Hinblick auf die industrielle Nutzbarmachung mehrerer afrikanischer Gebiete verschiedene Übereinkommen geschlossen wurden.

Man hat der eurafrikanischen Idee Lobsprüche, aber wenig mehr als Worte gezollt. Der Augenblick ist für Frankreich gekommen, aus ihr auf wirtschaftlichem Gebiet eine Wirklichkeit zu machen. Das ist ganz offensichtlich das Werk, dem sich General de Gaulle widmen wird, fällt es ihm doch zu, der Gemeinschaft der überseeischen Völker vorzustehen, die am 28. September die neue Verfassung angenommen haben.

Die Rolle de Gaulles in der politischen Entwicklung dieses Verbandes macht ihn

zum Oberhaupt einer Art französischen Commonwealths. Doch erweist sich seine Rolle als wesentlich persönlicher denn beispielsweise diejenige von Königin Elisabeth in der Politik Kanadas. Die Ereignisse wie auch sein eigenes Temperament werden es sich angelegen sein lassen, dem General ein Schiedsrichteramt zuzuweisen, eine Gewalt, deren Bedürfnis sich in der Gemeinschaft schon spürbar macht, wie es das Beispiel der Elfenbeinküste zeigt, die, den Worten seines hauptsächlichlichen Vertreters Houphouët-Boigny zu glauben, der Idee eines Bundesstaates wenig geneigt ist. Drei andere Republiken brachten Einschränkungen vor: Mauretanien, Nigeria und Haute-Volta. Drei andere hingegen gaben ihrem Wunsch nach Vereinigung Ausdruck: Dahomey, Sudan und Senegal. Anlaß zu höchstem Schiedsrichterspruch ist also gegeben; die blutigen Unruhen, die letzten Herbst in Abidjan zwischen feindlichen Völkerstämmen des ehemaligen Französisch-Westafrika ausbrachen, geben ihm einen dringlichen Charakter.

Vom Erfolg der Gemeinschaft auf diesem Gebiet wird die Verwirklichung des «Staatsverbandes» abhängen, den die neue Verfassung vorsieht. In letzter Linie wird der Erfolg des Unternehmens durch die Anziehungskraft Frankreichs bedingt sein, d. h. durch seine politische, finanzielle und moralische Gesundheit. Die Mehrheit der Franzosen, die durch alle Wechsel der Geschichte hindurch die Sehnsucht nach einem starken und schutzbietenden Staat bewahrt haben, streben nach Ordnung im Innern, nach der Verteidigung ihrer Interessen in der Welt und haben, unter der Führung General de Gaulles, Vertrauen in die Zukunft.

Abwertung und Gemeinsamer Markt

Mit einer Entscheidung großen Stils führte die Regierung de Gaulle die Abwertung des Francs um 17,55% durch. Diese währungsmechanische Angleichung, die auf lange Zeit

die französische Wirtschaft bestimmen wird, reicht zu gleicher Zeit in die empfindlichsten Gebiete: Konvertibilität der Währung, Wechselkurse, Außenhandel und Budget. Das Ziel der Regierung war vorab, gemäß den Ansichten *Antoine Pinays*, eine gesunde Währung wiederherzustellen, und nicht um jeden Preis die Produktion anzustacheln, was nicht verfehlt hätte, neue Inflationskeime zu verbreiten. Die finanzielle Orthodoxie hat über die inflationistischen Tendenzen der Vertreter der «Flucht nach vorne» obenausgeschwungen. In Zukunft ist, dank der Kräftigung der Währung, eine gesunde Expansion wieder möglich.

Indem Frankreich den französischen Markt der internationalen Konkurrenz öffnet, strebt es aus der Sackgasse heraus, in die es geraten war, als es sich von der allgemeinen Bewegung der Weltpreise abtrennte. Die Techniker, die unter Leitung von Jacques Rueff diesen Eingriff ausführten, anerkennen einhellig, daß das Schwierigste nicht darin bestand, eine neue Franc-Parität festzusetzen und damit die Konvertibilität wieder einzuführen, sondern in Zukunft an ihr festzuhalten, trotz der unvermeidlichen Preiserhöhungen. Die kostspieligen Belastungen der öffentlichen Hand, unter denen der Krieg in Algerien und die Vielfalt der Staatssubventionen an Privatbetriebe nicht zu den geringsten zählen, haben zu lange die französische Wirtschaft gehemmt. Mit Recht denkt man, daß die getroffenen Maßnahmen die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fördern und folglich das Einspielen des Gemeinsamen Marktes erleichtern wird, trotz den englischen Einsprüchen gegen die wirtschaftlichen Abkommen der Unterzeichner des Vertrages von Rom.

Die Regierung von London, die diese Abkommen als den Interessen des Commonwealths entgegengesetzt betrachtet, hält ihre Feindschaft gegenüber den europäischen Einrichtungen der «Sechs» aufrecht. Mit Bedauern spricht man es aus: die «Entente cordiale» hat aufgehört, herzlich zu sein. Man möchte hoffen, daß, angesichts der Per-

spektiven eines Wirtschaftskrieges zwischen den beiden Europa, die Partner die Notwendigkeit einer Einigung einsehen und zusammen nach den Mitteln suchen, diese Sorgen zu beschwichtigen. Es wäre in der Tat sehr

bedauerlich, heutzutage im Westen einen Revanchegeist zu bewahren, der von der Erinnerung längst vergangener Hegemoniekämpfe genährt ist.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Italien

Wolken am innenpolitischen Himmel

Wer heute mit unvoreingenommenem Blicke die Entwicklung der innenpolitischen Lage Italiens während der letzten Monate verfolgt, sieht sich in die Lage jenes besorgten Vaters versetzt, dessen hoffnungsvoller Sprößling nach vielen Jahren vorbildlicher Schulzeugnisse am Quartalsschlusse Betragensnoten nach Hause bringt, die zu stirnrunzelndem Aufsehen mahnen. Und dabei war doch der «Schuljahrsbeginn» unter einem besonders guten Stern gestanden. In der Tat ließ das Resultat der Abgeordneten- und Senatswahlen vom 25. Mai letzten Jahres mit der Stimmenkonzentration auf die Mitte hin — die Democrazia Cristiana (D. C.) als der Eckpfeiler der antimarxistischen Parteien hatte ihren Stimmenprozentsatz von 40% von 1953 auf über 42% erhöhen können — allgemein erwarten, daß sich die innenpolitische Lage, die durch den Absprung der Republikaner und später auch der Sozialdemokraten und Liberalen aus dem Gleichgewicht gebracht worden war, wieder konsolidieren würde. Einsichtige Kreise (darunter der «Osservatore Romano», das Sprachrohr des Vatikans) hofften bestimmt, daß der designierte Ministerpräsident und überragende Parteisekretär der D. C., Amintore Fanfani, den «Quadripartito», d. h. der Viererallianz der D. C., der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Republikaner wieder herstellen würde. Mit dieser Parteienkonstellation hatte der bedeutende Staatsmann Alcide De Gasperi während vieler Jahre die Geschicke Italiens erfolgreich gelenkt und ihm sein in-

ternationales Prestige wiedergewonnen. Wir gehören, heute mehr denn je, zu den Leuten, die der Überzeugung sind, daß diese viergliedrige Koalition die einzige vernünftige politische Lösung für Italien ist. Statt dessen verband sich Fanfani aber lediglich mit den Sozialdemokraten unter Saragat, unter bewußtem Ausschluß der Liberalen, was automatisch einer Neigung der Regierungssache nach links rief. Trotz allem aufmunterndem Augenzwinkern ins republikanische Lager blieb ihm der «Partito Repubblicano» mit seinen 7 Stimmen fern, so daß Fanfanis theoretische Mehrheit in Kammer und Senat nur ganz wenige Stimmen beträgt. Würde diese prekäre Mehrheit volle Stimmdisziplin üben, könnte der Ministerpräsident seinen Seiltanz in der politischen Arena unbeschadet weiterführen, aber schon bei drei geheimen Abstimmungen, welche die parlamentarische Bestätigung vorgängig erlassener Regierungsdekrete zum Ziele hatten, haben ihm mehr als zwei Dutzend der eigenen Parteianhänger in den Rücken geschossen, so daß die betreffenden Dekrete kleinlaut rückgängig gemacht werden mußten. Den auffälligsten Mißerfolg erlitt Fanfani in der Benzinpreisfrage. Trotz formeller Zusage der früheren Regierung, auf das vergangene Jahresende den ohnehin exorbitanten Vor-Suez-Preis von 128 Lire per Liter wieder herzustellen, glaubte sich das Ministerium Fanfani ein höchst unkluges *Fait accompli* leisten zu können, indem es den Zuschlag, und auch diese Teilkonzession erst auf stärksten Druck hin, bloß auf die Hälfte herabsetzte. Dieser Beschluß war bis weit in die

Rechtskreise hinein als flagranter Wortbruch betrachtet worden.

Wenn gewiß auch kein vernünftig denkender Mensch Fanfani faschistischer Gesinnung zeihen kann, so ist sein Charakter und seine politische Handlungsweise doch weitgehend ein Produkt der faschistischen Ära, in der er aufgewachsen ist. Seine Unduldsamkeit, seine autoritären Allüren, seine Neigung, selbst die bedeutendsten Köpfe der D. C. — Parteihonoratioren wie Don Sturzo, Pella und Scelba gehören heute zu seinen offenen Gegnern — zu brüskieren, vermindern seine Erfolgsaussichten zusehends und rücken den Sturz seines Kabinetts durchaus in den Bereich der Möglichkeit.

Die kühne Hoffnung auf die «apertura a sinistra»

Fanfani's große Spekulation ist die scheinbar unerschütterte Erwartung (die übrigens vom Präsidenten der Republik Gronchi voll geteilt wird), daß ihm die seit Jahren herumgeisternde «apertura a sinistra» gelingen werde, d. h. die Loslösung der Nenni-Sozialisten vom kommunistischen Gängelband und ihre Überführung aus der sturen Opposition ins Regierungslager oder zum mindesten in eine neutrale Stillhaltezone. Der jüngste Parteikongreß der Sozialistischen Partei in Neapel brachte zwar den Sieg Nennis und die formelle Kündigung der Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten, gleichzeitig aber auch eine scharfe Absage an Fanfani. Jeder Gedanke an eine Zusammenarbeit mit der Democrazia Cristiana wurde abgelehnt. Nenni gab auch zu verstehen, daß er nicht mehr an eine Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten, sondern an ihre allmähliche Aushöhlung und Aufsaugung denkt. Damit scheinen die Aussichten einer «apertura a sinistra» für die nächste Zeit gleich null zu sein.

Als gewiegter Politiker, der er unzweifelhaft ist, konnte Fanfani aber nicht nur auf die Karte der «Öffnung nach links» setzen, zumal das Prestige seiner Regierungsequipe in

letzter Zeit durch einige Skandalaffären arg angeschlagen wurde. Der «scandalo Giuffrè», obwohl er zeitlich seine Amtsvorgänger Segni und Zoli mehr belastet als ihn selbst, gehört mit all seinen Begleiterscheinungen zu den betrüblichsten Vorkommnissen der italienischen Nachkriegszeit und wird, besonders von der Linksoption, dem Regierungslager in Presse und Plakaten in heftigster Weise vorgeworfen. Auch die offene Auflehnung des D. C.-Parteigängers Milazzo, der sich gegen den Willen der Parteileitung unter Mithilfe kommunistischer Stimmen zum Regionalpräsidenten Siziliens wählen ließ und den darauffolgenden Ruffel aus Rom mit der Gründung einer separaten «Ketzerpartei» beantwortete, bedeutet für Fanfani einen weiteren Minuspunkt. Ebenso dürfte der Vatikan unter der neuen päpstlichen Führung der D. C. weniger ostentativ indirekte Wahlhilfe leisten wie anlässlich der letzten Parlamentswahlen.

Ist es angesichts dieser sich häufenden Schwierigkeiten auf dem innenpolitischen Glacis verwunderlich, wenn die bedrängte Regierung auf dem außenpolitischen Sektor Erfolge sucht, die ihr an der Heimatfront bisher versagt blieben, zumal der Umschwung in Frankreich (dessen politische Konstellationen von jeher in Italien stark beachtet werden) kein Wasser auf die Mühlen Fanfanischer Observanz bedeutet?

Außenpolitische Betriebsamkeit

Politische Reiselust teilt Ministerpräsident Fanfani mit dem Präsidenten der Republik, Gronchi. Letzterer führte in der Berichtsperiode eine vielbeachtete Freundschaftsreise nach Brasilien durch; die bedeutenden Wirtschaftsinteressen Italiens in Südamerika, vorab in Brasilien selber, und seine überaus starken und aktiven «Kolonien» in dieser Zone, erklärten und rechtfertigten diesen Besuch vollauf. Anders verhält es sich mit Fanfanis eigenen Reisen. Sein Blitzbesuch in Amerika, England, Paris und Bonn vom

vergangenen Herbst dürfte der Aussprache über NATO-Probleme im allgemeinen und Nahostfragen im besondern gegolten haben. Der soeben zu Ende gegangene Ägyptenbesuch Fanfanis, dessen Zweckmäßigkeit auch post festum von weiten Kreisen Italiens bezweifelt wird, dürfte damals besprochen worden sein. Nachdem ja in allerletzter Zeit Nassers Aktien in der westlichen Welt eher wieder steigende Tendenz aufzuweisen scheinen, sind die Italiener die gegebenen Mediatoren. Mehr als andere Mittelmeeranrainer haben sie ein vitales Interesse daran, daß Moskau in dieser Zone nicht noch festeren Fuß faßt. Seit sie ja keine Kolonien mehr haben, sind sie auch nicht mehr mit dem Makel des «imperialistischen Kolonialismus» behaftet.

Ob außer dem Kulturabkommen mit Ägypten und Nassers Zusicherung einer besseren Behandlung der ehemals blühenden, nun aber stark dezimierten italienischen Kolonien in Kairo und Alexandrien und der Heimkehrwilligen und einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder für die westliche Welt im allgemeinen Vorteile aus dem Treffen am Nil herauszuschauen werden, wird erst die Zukunft zeigen. Die britisch-ägyptische Flurbereinigung erfolgte auf alle Fälle ohne Fanfanis Vermittlung, und die besseren Beziehungen zwischen Rom und Kairo werden durch die jüngste Verstimmung Bonns über Nasser voll kompensiert.

Daß man der NATO in Italien besonders zugetan ist und für sie uneigennützig die heißen Kastanien aus den verschiedenen arabischen Feuern holen soll, kann man angesichts der noch nicht voll überwundenen Anglophobie und des neuerwachten Mißtrauens gegen Frankreich kaum erwarten. (Der Vorstoß de Gaulles für ein Dreierdirektorium der NATO hat in Rom genau wie in Bonn verschnupft. Ob die ostentative Abberufung des früheren italienischen Botschafters in Paris, der Fanfani nicht mehr genehm war, damit in Zusammenhang steht, darf zum mindesten als wahrscheinlich an-

gesehen werden.) Man betrachtet zwar die ganze NATO-Organisation als Notwendigkeit, aber doch schon beinahe als «notwendiges Übel». Diese Einstellung dürfte auch das bescheidene Echo erklären, das die Berliner Krise bislang in Italien fand. Anhänger einer unbedingten Intransigenz dürfte man weder im Palazzo Chigi noch im Quirinal sein, so großes Ansehen Westdeutschland auch heute wieder in Italien genießt. Das «Made in Germany» rangiert auf allen Gebieten in der Wertskala der öffentlichen Meinung wieder an der Spitze.

Wirtschaftliche und finanzielle Aspekte

Italiens Wirtschaftslage hat sich in den vergangenen Monaten weiterhin konsolidiert. Im Zug der allgemeinen Entwicklung haben sich auch hier die «terms of trade» nachhaltig verbessert, worüber die Außenhandlungsergebnisse deutlich Zeugnis ablegen. In den ersten neun Monaten des zu Ende gegangenen Jahres sank, infolge Verminderung der Importwerte von 1694 auf 1476 Milliarden Lire, bei gleichbleibendem Exportbetrag von 1172 Milliarden, das Defizit auf rund 300 Milliarden, gegenüber 523 vor Jahresfrist. Diese erfreuliche Entwicklung, im Verein mit der Zunahme der meisten unsichtbaren Exporte, vor allem des Tourismus, der Emigrantentransporte und der Luftfrachtergebnisse, hat Italiens Zahlungsbilanz von 1958 aktiv gestaltet, so daß die Gold- und Devisenreserven der Staatsbank auf über 9 Milliarden Schweizerfranken angestiegen sind. Die mittlerweile dekretierte Konvertibilität der Lira krönt eine jahrelange, gesunde Finanzpolitik.

Im industriellen Sektor steht der Produktionsindex allerdings bloß ca. 1½% höher als im Vorjahre, doch wird die magere Zunahme durch die erfreuliche Entwicklung der Landwirtschaft ausgeglichen. Die Weizenenernte brachte die noch nie erreichte Rekordmenge von beinahe 10 Millionen Tonnen, der Fruchtesegen war auch in Italien

sehr gut, ebenso die Wein- und die Ölernte. Vor allem diesen Tatsachen ist es zu danken, daß Italiens Bevölkerung, welche die 50-Millionen-Grenze überschritten hat, das Nationaleinkommen im Jahre 1958 wieder um ca. 3,5% steigern konnte, dem allerdings eine Lebenskostenerhöhung im gleichen Ausmaße entgegensteht.

Auch im finanziellen Sektor sind die Aussichten nicht schlecht, verzeichnen doch die Kurse der staatlichen, halbstaatlichen und privaten Obligationen seit vergangenem Sommer eine Erhöhung um 10% und die Aktien gar 30—50%. Man würde nicht anstehen, auch diesem Teilgebiete eine durchaus günstige Prognose zu stellen, wenn die Regierung frei von dirigistischem Virus wäre und gesunder Ausgabenpolitik den un-

bedingten Vorrang einräumen würde. Dazu gehören aber kaum gigantische Schulreformpläne mit einem projektierten ungedeckten Kostenaufwand von 1300 Milliarden Lire in den nächsten 10 Jahren. Zum Aufsehen mahnt auch die immer weitere Ausdehnung der I. R. I.-Staatsholding, vor allem der von Enrico Mattei geleiteten ENI-Gruppe, mit ihrer kühnen Expansionspolitik im Nahen Osten und Nordafrika. Kein Aktionärgremium kontrolliert hier die Ziele und enormen Investitionen, die letzten Endes vom einzelnen Bürger aufgebracht werden. Wer an Wirtschaftsliberalismus glaubt, kann diese Entwicklung nur mit wachsendem Unbehagen verfolgen.

Peregrinus

Amerika im Fluge

(Schluß)

Nach einer Reise durch die ausgeforschten und gültig beschriebenen Vereinigten Staaten, die von Washington zur Westküste und zurück nach New York geführt hatte, die flüchtigen subjektiven Eindrücke raffen zu wollen, ist in verschiedener Hinsicht gefährlich. Rückblickend drängt sich allerdings die Frage auf, ob nicht das latente Mißtrauen, die kritischen Vorbehalte, mit denen von Europa aus oftmals zum amerikanischen Experiment hinübergeblickt wird, aus einer falschen Optik resultieren. Ob es nicht zu Mißverständnissen führen muß, wenn das amerikanische System daraufhin durchstößt wird, ob es hier etwas mehr und dort etwas weniger dem alten Europa ähnelt. Ob nicht gar das erschreckte Zurückweichen des Europäers vor dem Kolossalischen, dem Maßlosen des amerikanischen Lebenschnitts eine Weise der «Entfremdung» ist gegenüber einer nichts weiter als folgerichtig verwirklichten Zivilisationswelt, der der

Stempel ihres europäischen Beginns deutlich aufgeprägt ist, so daß sich der europäische Besucher, groteskerweise, dort drüben eigentlich wie «zu Hause» fühlen müßte.

In politischer Hinsicht wird dem Besucher sehr rasch bewußt, daß er nicht aus der alten europäischen Mitte in eine Neue Welt, sondern aus einem Randgebiet der halbweltigen Pax Americana in deren Mittelpunkt gekommen ist. Daß die unbarmherzige Schwerpunktverlagerung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen hat, als sich das politische Zentrum endgültig von Westeuropa nach Washington verlagerte, in europäischer Sicht nicht einmal in ihrer ganzen Schärfe deutlich wird, gelegentlich sogar noch verschleiert werden kann, ist vielleicht dem Geschick und der Höflichkeit der amerikanischen politischen Public-Relation-Leute zuzuschreiben. Unter der Washingtoner Kapitolskuppel, im Sitzungssaal des Senat Foreign Relations Committee, der außenpolitischen

Kontrollinstanz, hängt hinter dem Sternbanner eine Weltkarte an der Wand, auf der zwar nicht die Vereinigten Staaten in der Mitte liegen, sondern der Atlantik. Im Washingtoner politischen Bewußtsein bildet sich die tatsächliche Situation deutlicher ab. Ein vielleicht belangloses Erlebnis dazu: Ein amerikanischer Senator spricht vor zwei Dutzend westeuropäischen Journalisten. Sendungsbewußt redet der großartige, ledrige Recke mit dem klaren, selbstbewußten Blick über Amerikas Rolle in der Welt, über Freiheit und Demokratie. Dann, als er endet hat, fragt er nebenbei: «Nun, kann mir irgend jemand sagen, was das hier für eine Gruppe ist, wo Sie herkommen und was Sie in den Vereinigten Staaten unternehmen werden?» Und eine nicht belanglose Erfahrung: Vor einem Gremium amerikanischer Zeitungsredaktoren geben Spitzenbeamte des Pentagons einen Überblick über die Verteidigungslage in der Freien Welt. Wie mit einem Scheinwerfer streichen die Pentagon-Sprecher in ihren Darstellungen den Rundhorizont ab, Staat für Staat analysierend, wobei das NATO-Gebiet als eine Bündnisgruppierung unter anderen auftaucht. In ihren Argumentationen vor den Vertretern der amerikanischen öffentlichen Meinung haben diese Verteidigungsplaner zu beweisen, daß jeder für die Verteidigung der Freien Welt ausgegebene Dollar irgendwelche Früchte trägt. Beredt haben sie den fast instinktiven Isolationismus des amerikanischen Steuerzahlers zu überspielen, in dessen Augen, beispielsweise, für ein selbständiges Konzert der europäischen Mächte kein Platz mehr ist. Dieser Steuerzahler denkt, ohne es vielleicht zu wissen, nicht mehr im Sinne Rankes, sondern Toynbees.

Politisch mag man sich «zu Hause» fühlen, aber in anderer Hinsicht wird der europäische Besucher sich sträuben, Amerikas technische Zivilisationswelt als sein «Zuhause» anzuerkennen; sein Schubladenbewußtsein, das ihm gestattet, einerseits Amerikanismen mit Selbstverständlichkeit zu konsumieren, andererseits mit seiner Kultur

dagegen aufzutumpfen, erleichtert ihm die Abwehrreaktion auf amerikanische Sachverhalte, die, im Rahmen des amerikanischen Systems gedeutet, nicht nur verständlich, sondern zudem auch bejahenswert werden müßten. Der amerikanische Lebenszuschnitt ist massenhaft, standardisiert, nivellierend — aber ohne Massenproduktion, Massenmarkt, Eisenbahn und Fließband-Auto wäre das weite Land nie erschlossen, umspannt und in eine menschengemachte Industrielandschaft umgeformt worden. Die Weite des Landes — das Grunderlebnis für den europäischen Besucher — hat von Anfang an das Tempo des Prozesses und die Größenordnung der benutzten Mittel bestimmt. Das amerikanische Leben hat keine geschichtliche Tiefe — aber in einem Lande, das durch Industrie und Technik gemacht worden ist, jener Technik, deren Gesetz Produktion und Reproduktion ist, ist eine Existenz aus der geschichtlichen Substanz grundsätzlich nicht möglich. Das Kulturelle — die «Humanities», deren Randexistenz im amerikanischen Haushalt der Europäer konstatiert — schwimmt hier im technisch-industriellen Strom mit, ohne ein abgesondertes Leben zu führen wie in Europa. Und die Frage scheint zu sein, wie weit es den Amerikanern gelingen wird, rein aus Technik und Industrie heraus die «Humanities» und eine neue Geschichtlichkeit zu nähren. Bemerkenswert ist die nüchternde Sorgfalt, mit der in Amerika die geschichtlichen Dokumente aus der eigenen Vergangenheit, vor allem der technisch-industriellen, gepflegt werden, und bei der Rekonstruktion oder Montage der eigenen und dem Auftauchen fremder Traditionen scheint — ebenfalls dem Gesetz der technischen Zivilisationswelt entsprechend — der Sinn fürs Einmalige, Echte keine Rolle mehr zu spielen. Ein merkwürdiges Phänomen ist, daß in den fünfziger Jahren in Amerika, dem Lande, das als «permanente Revolution» definiert worden ist, ein Hang zum Konservativen entstanden ist, dessen Wortführer wohl versuchen, das moderne amerikanische Konservative auf

europäische Ahnen zurückzuführen, während es sich anscheinend aus der Industrielwelt heraus entwickelt hat.

Das amerikanische Leben hat etwas Provisorisches — aber das ist seine Stärke. Selbst das Unbeweglichste, Städte, wirken wie auf ihre Vernutzung hin angelegte Gebrauchsgegenstände, die man verläßt, wenn sie ihren Zweck nicht mehr erfüllen. In den verschiedenen Stadttypen scheinen sich die jeweiligen Bedürfnisse objektiviert zu haben. Die Wolkenkratzer-Städte des Ostens, gestuft wie Orgelpfeifen, als Ausdruck der freien Konkurrenzwirtschaft und ihrer Härte; die neuen Suburbs, Meere von gleichsam

gestanzten Einfamilienhäusern, als Ausdruck der Konsumgesellschaft und ihres sozialisierten Individualismus.

Man verläßt das Land mit dem Eindruck, für einen Augenblick in einem dahinbrausenden Eisenbahnzug mitgefahren zu sein, in dem ein stimulierender Lebensrhythmus herrscht, der eine im engen Europa nie verspürte Großzügigkeit hat. Das Problem der Reisegesellschaft besteht vielleicht darin, daß sie, unterwegs und während sich die Geschwindigkeit beschleunigt, das Reiseziel unter sich ausmachen muß.

Alfred Schüler

Beobachtungen in China

Dem Rapport eines Kaufmanns, der im vergangenen Oktober die chinesische Exportmesse in Kanton besuchte, an seine Firma sind die folgenden Bemerkungen entnommen:

Bei der Ankunft in Kanton wurden wir von Beamten des China Travel Service und Vertretern der Messe in Empfang genommen. In Taxis (es waren Hillman- und Morris-Wagen) wurden wir zum Hotel «Aichun» gebracht, einem alten, schmutzig aussehenden Gebäude. Auf dem Weg passierten wir ein hübsches, neues Hotel mit dem Schild «Chinese Oversea Hotel». Als wir uns erkundigten, weshalb wir nicht dort logieren könnten, wurde uns erklärt, nur Chinesen aus Übersee würden dort untergebracht, alle Ausländer dagegen im «Aichun», weil dort die staatliche Reiseorganisation und das Messekomitee ihre Vertreter hätten und weil die Angestellten etwas Englisch sprächen...

Sonntag, der 19. Oktober, war ein Feiertag wie alle Sonntage. Wir richteten uns in unserm Zimmer ein, und sehr bald meldete sich ein 22jähriger Chinese, der uns mitteilte, er sei unser Dolmetscher und Begleiter für die Messe. Er war ein Schüler der Schule

für Außenhandel in Peking, der mit vielen andern für die Messe nach Kanton geschickt worden war. Sein Englisch war recht gut, besonders wenn er auf Politik und die großen Fortschritte Chinas zu sprechen kam...

Ich kehrte ins Hotel zurück und aß zu Mittag mit ein paar andern Kaufleuten. Jedermann war sehr enttäuscht über die Messe. Die alten Chinakenner erklärten, irgend etwas sei mit dieser Messe nicht in Ordnung. Die Chinesen sind, was ihre Exporte anbelangt, äußerst harte Verhandlungspartner. Viele Produkte, die sie früher anboten, sind nicht zu erhalten, und dafür versuchen sie hartnäckig, andere Dinge, vor allem Lebensmittel, zu verkaufen. Es scheint, daß die Chinesen eine große Lebensmittelindustrie aufgebaut haben und nun verzweifelt nach Märkten Ausschau halten. Sie sind sehr freigebig mit Mustern und sind bereit, Mustersendungen an überseeische Käufer zu schicken... Die Chinesen hören sich begierig jede Kritik an ihren Produkten an und schreiben jede Bemerkung säuberlich auf. Nach der Meinung von Leuten, die oft nach China reisen, verbessert sich die Qualität der chinesischen Produkte ständig, und es scheint gewiß zu sein, daß China sehr bald zu einem

ernsthaften Konkurrenten auf den internationalen Märkten für Fleisch-, Früchte- und Fischkonserven sowie für gefrorenes Fleisch, Geflügel und Fisch werden wird. . .

Was die chinesischen Importe angeht, so geht die allgemeine Ansicht dahin, daß irgend etwas zur Zeit nicht in Ordnung ist, denn außer einigen Maschinen haben die Chinesen, soweit ich in Erfahrung bringen konnte, bisher überhaupt nichts gekauft. Man neigt dazu, den Mangel an fremden Devisen dafür verantwortlich zu machen oder die Tatsache, daß die Chinesen die Aus- und Einfuhr ins Gleichgewicht bringen wollen, daß sie deshalb ihre Einkäufe auf die beiden letzten Wochen der Messe verlegen und sie nach ihren Verkäufen bemessen. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Frühlingsmesse viel wichtiger war, weil China eine Menge für das Jahr 1958 vorgesehener Bedarfsartikel kaufte, was daraus hervorgeht, daß alle Lieferungen China vor dem 31. Dezember erreichen mußten. . .

Die gesamte Atmosphäre in Kanton scheint mir gedrückt. Es gibt keine hellen Farben; die Häuser sind alt und schmutzig, das Holzwerk ist überall in der gleichen dunkelbraunen Farbe gemalt und die Leute tragen alle die gleichen, verwaschen-blauen Einheitskleider. Häuser werden weder wiederaufgebaut noch repariert, und alles deutet darauf hin, daß China nur an zwei Dingen interessiert ist: Industrie und Landwirtschaft sowie Bergbau. Verbesserungen auf allen andern Gebieten werden zurzeit zurückgestellt.

Es ist ganz offensichtlich, daß die Führer des neuen Chinas alles unternehmen, um die Jugend für sich zu gewinnen. Die Jungen werden in alle Arten von Schulen und Klubs organisiert, werden sorgfältig indoktriniert und häufig mit Erwachsenen zusammengebracht. Handarbeit wird von jedermann verlangt, und jedermann wird als gleichgestellt betrachtet. Von den politischen Führern wird erwartet, daß sie unter dem Volk Arbeit leisten und den Kontakt mit dem Volk nicht verlieren. Mein Übersetzer erklärte mir stolz,

auch Präsident Mao und Ministerpräsident Tschou En-lai arbeiteten von Zeit zu Zeit an Bewässerungsbauten mit, um zu zeigen, daß sie sich als dem Volk gleichgestellt betrachteten. Die Offiziere der Armee dienen jedes Jahr einige Wochen als gemeine Soldaten, um mit dem Leben und der Disziplin in den untern Rängen vertraut zu bleiben.

Der Jugend wird immer wieder beigebracht, daß vor dem Machtantritt der Kommunisten in China traurige Zustände herrschten, Hungersnöte und Massenmorde durch die Kuo Min-tang. «Unser Volk hat in der Vergangenheit schwer gelitten und seine Führer bereicherten sich; heute aber sind alle gleich. Es gibt keine Reichen und keine Armen.» Die Jugend scheint dies alles selbstverständlich zu finden. Ich war sehr erstaunt über den Eifer meines 22jährigen Übersetzers. Man kann mit diesen Jungen nicht einmal diskutieren, denn sie erklären nur in sehr höflichem Ton: «Dies ist Ihre Meinung, und nun lassen Sie mich Ihnen meine Meinung dazu geben.»

Jedenfalls besteht kein Zweifel, daß China gewaltige Anstrengungen zum Wiederaufbau des Landes und zur Wiedergewinnung seiner wirtschaftlichen Position in der kürzesten Frist unternimmt. Es gibt keinen individuellen Reichtum, aber auch keine extreme Armut, weil die Regierung jeden für ihre Zwecke einsetzt. Das Volk erhält von der Regierung soviel Nahrung, als zum Leben gerade ausreicht, und einen kleinen Lohn für die übrigen Bedürfnisse. In der Industrie gibt es keine Aktionäre und keine Direktoren, die Tantiemen beziehen. Die Fabrikleitungen werden von den Arbeitern gewählt und erhalten nur wenig höhere Saläre. Wenn die Regierung sieht, daß ein gewisses Projekt nicht mit der gewünschten Raschheit fortschreitet, zieht sie einfach ein paar Millionen Leute von andern, weniger wichtigen Aufgaben ab und läßt sie dorthin bringen, wo sie benötigt werden. Zurzeit beschäftigt man sich vorwiegend mit Eisen und Stahl, und es wird einem versichert, daß mehr als 50 Millionen Menschen in der

Eisen- und stahlerzeugung arbeiten. Man will die Stahlproduktion Englands und dann der USA übertreffen. Es ist typisch, daß die Chinesen sich das am meisten produzierende Land zum Vorbild nehmen und dann kalkulieren, wie sie es mit ihrer Produktion über-

bieten können. Bei meinem Aufenthalt in Kanton erklärte man mir stolz, daß China die amerikanische Baumwoll- und Weizenproduktion überholt habe und dicht an die britische Stahlerzeugung herangerückt sei. . .

Innenpolitische Tagesfragen

Ein großer Schweizer

Um die Jahreswende ist in Winterthur Minister Dr. *Hans Sulzer* gestorben. Die «Monatshefte» werden ihm noch eine Würdigung aus berufener Feder widmen. In den Nachrufen ist die hohe Achtung und persönliche Zuneigung, die er genoß, deutlich zum Ausdruck gelangt. Nur eine seiner Eigenschaften sei hier hervorgehoben. Minister Sulzer hat nie gezögert, seine bedeutende Stellung im Erwerbsleben in die zweite Linie zu rücken oder zeitweise ganz aufzugeben, wenn ihn das Land zu öffentlichen Aufgaben benötigte. In dieser Hinsicht verkörperte er beste Tradition und bleibt Vorbild für alle jene, die in der Privatwirtschaft auf führenden Posten stehen. Die Schweiz hat auch in Zukunft solche Männer nötig, wenn der ohnehin durch die Komplizierung der Verhältnisse im Zuge der Zeit liegende, wachsende Einfluß des Halb- und Ganz-Berufspolitikers in den nötigen Grenzen gehalten werden soll.

Neues Mitglied des Bundesrates

Minister Sulzer hatte auch in der kriegswirtschaftlichen Organisation große Verdienste aufzuweisen. In deren Rahmen hat sich auch der Nachfolger des verstorbenen Bundesrates Dr. Markus Feldmann, Dr. *F. T. Wahlen*, im Schweizervolk den Namen gemacht, der ihm nun den Weg in die Landesregierung ebnete. Bundesrat Dr. Wahlen wird in dem von ihm übernommenen Justiz- und Polizei-

departement ein Bündel interessanter Aufgaben antreten können, weil manches, das heranreife, von seinem aus dem Leben abberufenen Vorgänger nicht mehr vollendet werden konnte. Es ist etwa an die Vorlagen über die Verwaltungs- und die Verfassungsgerichtsbarkeit zu denken. Zu den ungelösten Fragen gehört die Regelung des *Zivilschutzes*, der eine Leidensgeschichte hinter sich hat. Eine erste Verfassungsvorlage ist bekanntlich verworfen worden. Zur zweiten, die von den Räten bereits verabschiedet ist und nun noch Volk und Ständen zu unterbreiten sein wird, fehlt absonderlicherweise eine bundesrätliche Botschaft. Dies kommt daher, daß der Bundesrat vorerst nur ein Provisorium schaffen wollte, auf welche Absicht der Ständerat aber nicht eintrat. Die Beratung des Provisoriums ging ohne nochmalige Einschaltung des Bundesrates in die Beratung des Verfassungsartikels über. Eine Botschaft, die Aufschluß darüber geben könnte, wie man sich die Auslegung denkt und welche Vorkehrungen man im Auge hat, fehlt. Das Justiz- und Polizeidepartement arbeitete gleichsam als Ersatz einen offiziellen, als unverbindlich bezeichneten Entwurf zu einem Ausführungsgesetz aus, der aber in vieler Hinsicht nicht befriedigend ist. Wichtigste Fragen läßt er offen, andere werden ohne genügende Abklärung vorzeitig präjudiziert. Die Gefahr ist unverkennbar, daß ein Malaise entsteht, das auch dem Verfassungsartikel gefährlich werden könnte. Der neue Departementschef, der in der Frage des Zivilschutzes völlig unbelastet ist, hätte

Gelegenheit, klärend einzugreifen, wobei diese Klärung in einer deutlichen Distanzierung von diesem Entwurf bestehen müßte, der weit davon entfernt ist, ein geeignetes Vorbild eines künftigen Ausführungsgesetzes zu sein. Die Ausführungsbestimmungen sollten vielmehr von Grund auf neu geprüft werden.

Frauenstimmrecht

Es mag gewagt erscheinen, unmittelbar vor der Abstimmung über das Frauenstimmrecht in eidgenössischen Dingen eine Prognose zu äußern und dazu Betrachtungen anzustellen. Der Berichterstatter, der auf beiden Seiten sehr achtenswerte Gründe anerkennt und persönlich an der Urne Ja stimmen wird, erwartet mit Bestimmtheit die Verwerfung. Kommt es so heraus, so werden die Stimmzahlen den Anhängern des Frauenstimmrechtes zeigen, in welchen Kantonen und Gemeinden sie am meisten Anhänger haben. So folgt dann vielleicht dem Test der eidgenössischen Abstimmung eine Phase der Arbeit «von unten nach oben», die nicht schlecht zur schweizerischen Tradition passen würde.

Segen der Knappheit

Während der Finanzplan, der der Vorlage über die künftige Ordnung der Bundesfinanzen vom 11. Mai 1958 zugrundelag, mit einem mittleren Überschuß der Gesamtrechnung von 140 Millionen Franken rechnete, weist das Budget für 1959 einen solchen von nur 800 000 Franken auf. Diese drastische Verschlechterung mußte um so mehr Eindruck machen, als die Einnahmen des Voranschlages die des Finanzplans kräftig übersteigen, so daß die Ursache ausschließlich auf der Ausgabenseite liegt. Die eidgenössischen Räte haben daraus die richtige Folgerung gezogen, daß nicht mehr mit der großen Kelle angerichtet werden dürfe. Die Vorlage, die den Bund zur Ausrichtung einer Subvention von 20 und bald 25 Millionen jährlich an die SUVA verpflichten wollte, ist

vom Nationalrat an die Kommission zurückgewiesen worden. Einem Objektkredit ging es gleich. Der sozialistische Antrag, die Erwerbsersatzordnung in Zukunft zulasten der Bundeskasse zu finanzieren, stieß im Nationalrat auf geschlossene bürgerliche Ablehnung. Es bleibt nun beim Grundsatz, daß die Erwerbsersatzordnung in Friedenszeiten durch Prämien allein zu finanzieren sei, während der Bund in Zeiten des Aktivdienstes einzuspringen hätte. Schwerlich wären die Beschlüsse über diese Fragen bei überfließender Bundeskasse gleich ausgefallen.

Die nachträgliche Kritik am Finanzplan ist nicht begründet. Hätten die Räte die bundesrätlichen Anträge unverändert angenommen — sie haben bekanntlich weitere Steuererleichterungen beschlossen —, so wären im Budget 1959 um die 100 Millionen mehr Einnahmen zur Verfügung gestanden. Ein Überschuß zur Schuldentilgung hätte aber trotzdem kaum resultiert. Die Verwaltung hätte dann wohl die ersten Anträge zum Budget, die sie unter dem Druck der Verhältnisse um mehr als 200 Millionen zusammenstrich, wahrscheinlich nur um gute 100 Millionen gedrosselt. Eine Tilgungsquote wäre aus mangelnder Zurückhaltung bei den Ausgaben auch nicht übrig geblieben; man hätte sich nur an einen höhern Standard gewöhnt. Es ist gut, daß sich die Situation schon heute klar darbietet: Nachdem die Einnahmen einbringen, was man von ihnen erwartete, ist es die Aufgabe, bei den Ausgaben Disziplin zu halten.

Diskussion um die Preiskontrolle

Schon heute nimmt das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement die Abklärung über die Frage vor, was geschehen soll, wenn der befristete Verfassungszusatz, auf dem die Preiskontrolle beruht, Ende 1960 ablaufen wird. Es zeichnet sich eine Verhärtung der Standpunkte ab. Bereits ist seitens der Hausbesitzerorganisationen die Parole ausgegeben worden, jede Verlängerung abzulehnen. Auf der andern Seite strebt man nach einer un-

veränderten zeitlichen Erstreckung. Die Verhärtung ist die Folge des allzu langsamen Vorgehens in der Lockerung der Kontrolle der Mieten. Bestünde feste Aussicht auf eine etappenweise Lockerung, so fände der Ruf nach völliger Aufhebung wohl weniger Echo. Diejenigen, die glauben, der gänzliche Verzicht sei noch verfrüht, würden am besten tun, auf eine weitere Etappe der Lockerung noch unter dem heutigen Regime einzulernen.

Mit vollem Recht faßt das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement eine Entlastung des Verfassungszusatzes in dem Sinne ins Auge, daß die Aufgaben dauernder Natur, die eine verfassungsmäßige Grundlage in den Wirtschaftsartikeln besitzen, im Verfassungszusatz nicht mehr zu erwähnen seien. In der Tat gibt es keine sachlichen Gründe dafür, eine provisorische, außerordentliche Befugnis zu statuieren, wo eine ordentliche schon besteht. Die rein abstimmungstaktischen Gründe, die für die unveränderte Verlängerung ins Feld geführt werden — man will möglichst viel im Preiskontrollbeschluß haben, um viele Interessenten für ihn zu gewinnen —, können hiergegen nicht aufkommen. Ein summarisches Vorgehen mochte unter dem Druck der Zeitnot angehen, als es sich darum handelte, jene Teile des kriegsbedingten Notrechtes vorläufig zu verlängern, auf die man nicht verzichten zu können glaubte. Heute sind aber weniger grobe Methoden an der Zeit.

Kommendes Kartellgesetz

Die Arbeit der Expertenkommission für ein Kartellgesetz schreitet voran. Aus Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften weiß man ungefähr, was man zu erwarten hat. Erfreulicherweise ahmt der Entwurf nicht die ausländische Manier nach, der Verwaltung große Eingriffsmöglichkeiten zu geben, sondern knüpft an das Zivilrecht an und überträgt die Entscheidungen dem Richter. Eine gewisse Schwächung der Kartelle wird auf indirektem Wege angestrebt: Durch

Erleichterung des Austrittes, Beschränkung des zulässigen Anwendungsbereichs des Boykotts und verwandter Maßnahmen, Beschneidung der Schiedsgerichtsbarkeit. Wie weit diese Regelungen durch eine administrative Mitwirkung ergänzt werden sollen, ist noch nicht genau bekannt. Gegenüber einer *Verwaltungsverfügung* in bestimmten Fragen steht die *Verwaltungsklage* beim Gericht im Vordergrund, und dies mit Recht. Offenbar, und mit gutem Grund, ist weitgehend wegleitend, was die Praxis des Bundesgerichts herausgearbeitet hat.

Unsicherheit um die Freihandelszone

Mit dem 1. Januar ist die Diskriminierung der übrigen Mitglieder der OECE durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der Zölle und der Einfuhrbeschränkungen zur Tatsache geworden. Über ihre Milderung schweben Verhandlungen. Dahinter stellt sich nach wie vor das Problem einer Dauerlösung, für die noch keine Grundlage besteht. Die Front der «andern Sechs» ist insofern nun gespalten, als direkte Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich angebahnt worden sind. Großbritannien hat sich, indem es die Bewegung zur Konvertibilität der Währungen einleitete, insofern eine verstärkte Stellung geschaffen, als es nun bei Krediten des Europäischen Fonds, die ja im Gegensatz zu den Krediten der Europäischen Zahlungsunion nicht automatisch gewährt werden, das Veto-recht hat. Offenkundige Meinungsverschiedenheiten bestehen aber auch im Lager der «Sechs». Die stärkste Hoffnung auf eine schließliche Regelung stützt sich auf die Tatsache, daß vor allem Deutschland, Belgien und Holland ein bedeutendes Interesse daran haben, den wirtschaftlichen Verkehr mit der übrigen Welt so sehr zu pflegen wie innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft. Zur Zeit ist aber die Zukunft im Bereich der Integrationsbestrebungen auch für die Schweiz völlig undurchschaubar.

Helveticus

Bemerkungen zur militärischen Ausbildung im Jahre 1959

Wiederum Kreisinstruktoren

Mit der Einführung der Truppenordnung von 1938 wurde die Institution des Kreisinstruktors abgeschafft. Bis dahin waren die Infanterieschulen der Divisionskreise den 6 Kreisinstruktoren unterstellt, die persönlich die Offiziersschule für die Infanterie-Aspiranten ihres Divisionskreises kommandierten. Nach dem Wegfall der Kreisinstruktoren wurden die Schulkommandanten der Infanterie dem Waffenchef direkt unterstellt. Dieser Erlaß wurde damals in allen einsichtigen Kreisen lebhaft begrüßt.

Im Hinblick auf die mit der Zeit stark angewachsene Zahl der dem Waffenchef der Infanterie direkt unterstellten, parallel laufenden Infanterieschulen, begann man bereits 1949 das Rad rückwärts zu drehen und setzte drei Kommandanten von Offiziersschulen der Infanterie als Waffenchef-Stellvertreter ein. Deren Stellung wurde sukzessive ausgebaut und verstärkt, bis durch Verfügung des EMD vom 5. 11. 58 die Abteilung für Infanterie, mit Wirkung auf den Beginn dieses Jahres, neu organisiert wurde. An die Stelle von drei Waffenchef-Stellvertretern sind als Vorgesetzte der Schul- und Kurskommandanten der vier Ausbildungskreise vier Kreisinstruktoren getreten. Der Kommandant der Schießschule Walenstadt und die Kommandanten der Offiziersschulen werden dem Waffenchef direkt unterstellt, und ein Stellvertreter des Waffenchefs leitet die Geschäfte der Abteilung für Infanterie, die sich der Waffenchef nicht selbst vorbehält. Die wichtigste Neuerung ist die Einsetzung von vier hauptamtlichen Kreisinstruktoren, die den Waffenchef entlasten sollen. Das «Berner Tagblatt» hat den Eindruck, diese Entlastung werde in einer *falschen* Richtung gesucht: «vertikal, früher mit Waffenchef-Stellvertretern und nun mit Kreisinstruktoren, statt *horizontal* mit geeigneten Kennern der verschiedenen Sachge-

bierte. Dadurch führt man in die Einheit von Erziehung und Ausbildung eine Vielfalt an Bestrebungen ein, währenddem dann in der Vielfalt von Aufgaben, die einem Waffenchef überbunden sind, eine unzweckmäßige Einheit in einer zu weit getriebenen Zentralisation gesucht wird. Man verkennt das Wesentliche in den vorliegenden Aufgaben¹.»

In diesem Zusammenhange sei daran erinnert, daß die Infanterie eigene Schulen für Fliegerabwehr, Übermittlungsdienst und Motorfahrer durchführt, die von den entsprechenden fachtechnischen Abteilungen für Flugwesen und Fliegerabwehr, für Übermittlungstruppen und für Heeresmotorisierung vollständig unabhängig sind. Die Aspiranten der Infanterie-Flab und der Infanterie-Funker werden in Offiziersschulen der Infanterie ausgebildet, anstatt in Offiziersschulen der Flab und der Übermittlungstruppen, analog der Ausbildung der Motorfahrer-Aspiranten aller Truppengattungen in den Offiziersschulen der Motortransporttruppen.

Daß die große Zahl der dem Waffenchef unterstellten Schulen zu Änderungen zwang, ist unbestritten. Eine wirksame Entlastung könnte aber dadurch erreicht werden, daß die Ausbildung gewisser technischer Spezialisten (Rekruten und Kader) den entsprechend spezialisierten Truppengattungen und Dienstabteilungen überlassen würde. Ebenso nötig wäre es, die Ausbildung von Rekruten und Kadern für 33 Panzerabwehrkompanien der Infanterie und 15 Panzerabwehrkanonenkompanien der Leichten Truppen in einer Hand zusammenzufassen, oder gar die Ausbildung der grundsätzlich mit den gleichen Waffen ausgerüsteten Füsiliere, Radfahrer und Motordragoner zu vereinheitlichen. Anstatt nur eine Abteilung zu reorganisieren, sollte die Ausbildung im gesamten nach rein sachlichen und ökonomi-

¹ Berner Tagblatt Nr. 7 vom 8. 1. 59.

schen Gesichtspunkten neu organisiert werden, ohne Rücksicht auf die verschiedenen Farben des Kragenspiegels. Ansätze sind vorhanden und haben sich bewährt: die wenigen Photographensoldaten der Artillerie und der Fliegertruppen werden gemeinsam in den Fliegerschulen ausgebildet, und die Flabkanoniere der Artillerie erhalten ihre Ausbildung bis zur Offiziersschule in den Schulen der Fliegerabwehrtruppen. Nur wenn man auf diesem Wege fortschreitet, wird eine zeitgemäße Reorganisation der Ausbildung erreicht.

Auch die an sich erfreuliche Möglichkeit eines beruflichen Avancements für Instruktionsoffiziere, die sich als Schulkommandanten bewährt haben, rechtfertigt noch nicht die Schaffung neuer Stellen. Neue Stellen vergrößern den Apparat und verlängern den Dienstweg.

Heereseinheitsmanöver

Im letzten Jahr des Vierjahresturnus 1956—1959 werden wiederum zwei große Manöver unter Leitung von Armeekorpskommandanten mit insgesamt vier Heereseinheiten durchgeführt: im Mai für die 1. Division und die Leichte Brigade 1 und im September für die 9. Division und die Gebirgsbrigade 12. Dabei fällt auf, daß die Leichte Brigade 1 schon im WK des letzten Herbstes an Manövern gegen die 5. Division teilgenommen hat und nun neuerdings einen Manöver-WK durchführt. Die Tatsache, daß eine Heereseinheit im Zeitraum von 7 Monaten zweimal an Heereseinheitsmanövern teilnimmt, steht im Widerspruch zum planmäßigen Wechsel der Wiederholungskurstypen, wie er in den Weisungen des EMD für die Ausbildung in den WK verlangt wird. Vielleicht bildet die Mitteilung des EMD, daß anschließend an die Manöver des 1. A. K. ein Defilee durchgeführt werde, die Erklärung für dieses Abweichen von den geltenden Vorschriften. Im weiteren stellt sich aber auch die Frage der Zweckmäßigkeit, im gegenwärtigen Zeitpunkt noch ein großes

Defilee durchzuführen und der Bevölkerung eine Armee zu zeigen, deren Reorganisation und Anpassung an neuzeitliche Anforderungen dringend geworden und bereits für das Jahr 1961 in Aussicht genommen ist.

Außerordentliche Instruktionsdienste und Umschulungen

Die 1957 nach der Suez- und Ungarnkrise angeordneten außerordentlichen Instruktionsdienste erstrecken sich teilweise bis ins Jahr 1959. Im laufenden Jahr werden noch vier Militärsanitätsanstalten und verschiedene Mobilmachungsstäbe zu außerordentlichen Kursen und Übungen einberufen. Die 1959 zum Ergänzungskurs aufgebauten Grenz-, Reduit- und Festungsbrigaden führen für die Offiziere verlängerte Kadervorkurse durch und vertiefen vor allem die Ausbildung an den Panzerabwehrwaffen. Andererseits verzichtet das EMD auf die ordentlichen Ergänzungskurse für FHD-Sanitätstransportkolonnen und für die Ortswehren. Man steht vor der widerspruchsvollen Tatsache, daß auf der einen Seite außerordentliche, in der Militärorganisation nicht vorgesehene Instruktionsdienste durchgeführt werden, während auf der andern Seite ordentliche, gesetzliche Instruktionsdienste aus ökonomischen Gründen fallen gelassen werden. Besonders auffallend ist der Widerspruch bei der Behandlung der Ortswehren, für die 1957 außerordentliche Instruktionkurse begehrt und schließlich bewilligt wurden, die dann aber 1958, zufolge eines von sozialdemokratischer Seite ergriffenen Referendums, nicht durchgeführt werden konnten. Andererseits sind nun schon seit 1957 die ordentlichen Ergänzungskurse der Ortswehren eingestellt, ausgenommen die Fachkurse für die Hilfspolizisten der Ortswehren.

Nach umfangreichen Truppenversuchen in den Jahren 1957 und 1958 ist damit zu rechnen, daß im Sommer dieses Jahres die ersten Rekruten mit dem Sturmgewehr als persönliche Waffe ausgerüstet werden. Pan-

zerabwehrkompagnien der Infanterie und Panzerabwehrkanonenkompagnien der Leichten Truppen werden auf die rückstoßfreie 10,6-cm-Panzerabwehrkanone BAT umgeschult. Die Umschulung der leichten Fliegerabwehr auf die neue 20-mm-Flab-Kanone findet mit dem Umschulungskurs der letzten Mobilen Leichten Flab-Abt. ihren Abschluß. Die Einführung von Radar bei der schweren Fliegerabwehr verlangt die Umschulung von vier Scheinwerferkp. zu Radarkp. Gleichzeitig werden für die Flab-

Regimenter und die selbständigen Schwere Flab-Abteilungen Wetterzüge aufgestellt. Die Fliegertruppen schulen die ersten vier Fliegerstaffeln und Fliegerkp. auf das neue Kampfflugzeug «Hunter» um. Die Flugplatzabteilungen werden neu organisiert und umfassen nun neben den Fliegerkp. für die Bereitstellung der Flugzeuge auch besondere Reparaturkp. sowie Flugplatzstabskp. mit dem Personal für den allgemeinen Dienstbetrieb auf den Flugplätzen.

Miles